LINKES ECHO

Infoblatt *DIE LINKE.* im Ilm-Kreis

DIE LINKE.

Linkes Echo 14. Jahrgang **Monat Mai 2008** **Preis: Spende**

So gesehen...

...hat keine andere Partei die Politik in diesem Land verändert wie DIE LINKE. Nach ihren Wahlerfolgen bei der Bundestagswahl 2005, besonders aber nach den Landtagswahlen in Bremen, Hessen, Niedersachsen und Hamburg, ist jedem klar, das bisherige „Bäumchen-Wechsel-Dich-Spiel" der Etablierten ist vorbei. Es gibt in der Bundsrepublik eine in Gesellschaft und Parlamenten verankerte neue politische Kraft. Nicht neue Farben von Koalitionen stehen auf der Tagesordnung, sondern der Wechsel in der Politik.

Der 1. Parteitag der Partei DIE LINKE in Cottbus am 23. und 24. Mai 2008 soll die Partei für den weiteren Weg fit machen. Wahlen der Parteigremien stehen an. Aber mehr noch geht es darum, die Weichen zu stellen, wie der Wechsel in der Politik erreicht werden kann. Es gilt, wie es im vorgelegten Leitantrag für diesen Parteitag heißt: „Eine andere Politik durchzusetzen, die sich statt der Erfüllung der Renditeerwartungen von Kapitalanlegern die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Mehrheit der Bevölkerung zum Maßstab setzt".

Ein hohes Ziel und nur mit der Wiedergeburt der gesellschaftlichen Solidarität, der Erneuerung der Demokratie und dem Eintreten für eine zivile Außenpolitik zu erreichen. Das steht auf der Tagesordnung in Cottbus, das wird das Programm im Wahljahr 2009 sein und dem werde ich als Parteitagsdelegierter gern meine Unterstützung geben.

Wo ich nicht mitmache, auch das will ich vorher klar sagen, bei Scharmützeln Ost – West oder umgekehrt. Die Trennlinie verläuft nicht an der ehemaligen innerdeutschen Grenze, auch wenn nicht zu verkennen ist, dass der Osten nicht aufholt, sondern wieder zurückfällt. Die Ursachen dafür sind zu bekämpfen und zu ändern und nicht die Leute, die dies tun wollen oder darunter zu leiden haben.

Und auch nicht die Linken untereinander, weil, wie zu lesen war, ein 50-Milliarden-Programm, von „West"-Linken vorgelegt, „Ost"-Linken als unrealistisch erscheint. 18 Jahre Parlamentarismus hinterlassen Spuren. Aber ein gesundes Maß Pragmatismus, auch das haben diese Jahre gezeigt, schadet nichts.

Dennoch, die Trennlinie verläuft zwischen Oben und Unten. Zwischen denen, die arbeiten und denen, die die Profite einstreichen. Aber mehr noch zwischen denen, die aus der Arbeitswelt ausgeschlossen oder nur prekär im Niedriglohnbereich beschäftigt sind und denen, die ihre Millionengehälter an der Steuer vorbei nach Lichtenstein schaffen. Hier liegt der gesellschaftliche Ansatz unserer Politik.

Es ist deshalb kein Zufall, dass Wahlforscher festgestellt haben, dass DIE LINKE in den neuen Bundesländern mit Abstand die führende Kraft ist. Die These, dass wir, je stärker wir in Deutschland werden und je mehr der Vereinigungsprozess voran schreitet, hier im Osten als LINKE besonders profitieren werden, scheint sich zu bestätigen.

Gute Aussichten, kein Grund zum abheben, aber für Frühlingsgefühle, und die wird man ja noch haben dürfen, meint

Eckhard Bauerschmidt

Inhalt:

Aktion Stolpersteine in Ilmenau und Arnstadt	Seite 3
Volksbegehren für mehr kommunale Demokratie in Thüringen wird fortgesetzt	Seite 4
8. Mai 1945 – 8. Mai 2008	Seite 5
Rechtswidrige Vergabe von Planungsleistungen beschäftigt jetzt die Justiz	Seite 6
Landgemeindenmodell kein Lösungsansatz für die Region	Seite 7
Standpunkt zum Verkehrskonzept Innenstadt	Seite 7
Zum Aus für die Seilbahn zum Kickelhahn	Seite 8
„Prellerschlösschen" Vision: Ilmenauer Kulturvereinshaus?	Seite 9
Nur noch 24 Prozent der Betriebe bilden aus	Seite 10
MdB Nele Hirsch zu Gast beim Ortsverband des BRH-Arnstadt	Seite 10
Kabinettstückchen	Seite 11
Eine starke Linke für eine andere, bessere Politik	Seite 12
Kleine Hilfe zum Entwirren des Fadens der Ariadne	Seite 14
Aufschwung? - Der Tragödie zweiter Teil	Seite 15
Termine	Seite 16

Kein Vergeben - Kein Vergessen!

Zum zweiten Mal werden in Arnstadt und Ilmenau Stolpersteine gegen das Vergessen verlegt. Kunstaktion soll jedes Jahr fortgesetzt werden

Am 6. Mai 2008 wird in Arnstadt und Ilmenau eine Aktion fortgesetzt, welche auf ihre eigene Art und Weise an die Opfer des Nationalsozialismus in Deutschland erinnert. Vor Häusern von Menschen, welche durch das Naziregime deportiert und ermordet wurden, werden Messingtafeln verlegt, die die Daten der Verstorbenen enthalten. Stolpersteine, über welche die Menschen „stolpern" sollen. Erinnerungstafeln an ein unsägliches Drama der deutschen Geschichte.

Kein vergessen!

Stolpersteine in Ilmenau

Beginn ab 09.30 Uhr

Jakob Münz
Johanna Münz
Herbert Münz
Schwanitzstraße 7

Samuel Groma
Helene Groma
Wilhelm Sandler
Friedrich-Hofmann-Straße 7

Jenny Ortenberger
Erich Ortenberger
Aste Ortenberger
Bahnhofstraße 6

Stolpersteine in Arnstadt

Beginn ab 14.00 Uhr:

Dr. Theol. Eva Schwarz, geborene Hirschmann
Franziska Hirschmann, geborene Maier
Walter Hirschmann
Werner Hirschmann
Mispelgütchen 3

Else Hirschmann
Eugenie Hirschmann, geborene Ordenstein
Siegmund Hirschmann
Karolinenstraße 2

Alfred Gottfeld
Ilse Szlecki, geborene Gottfeld
Regina Gottfeld, geborene Nathanson
Rita Fichtmann, geborene Gottfeld
Werner Gottfeld
Unterm Markt 8

Gotthelf Kummer
Pfarrhof 10

Isodor Guthmann
Emma Guthmann, geborene Baum
Untergasse 4

Friederike Stavenhagen, geborne Liebert
Hans Stavenhagen
Marie Stavenhagen, geborene Hauck
Martin Stavenhagen
Markt 4

Inge Simon
Dov Simon
Rosenstraße 10

Im Sinne unserer antifaschistischen Traditionen bitten wir um rege Teilnahme an diesem Rundgang zur Verlegung der STOLPERSTEINE 2008.

Initiator und Betreiber von „Stolpersteine gegen das Vergessen", Günther Demnig

In Arnstadt im Jahr 2007 verlegte Stolpersteine

Volksbegehren für mehr kommunale Demokratie in Thüringen wird fortgesetzt

Ralf-Uwe Beck vom Bündnis für Mehr Demokratie in Thüringen , zur Ankündigung von Dieter Althaus, Bürgerbegehren reformieren zu wollen

„Wir werden das Volksbegehren 'Mehr Demokratie in Thüringer Kommunen' durchziehen“, so reagierte das Bündnis für Mehr Demokratie in Thüringen am 18. April auf die Ankündigung der CDU Thüringen, mit einer Gesetzesinitiative Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in Thüringen nach bayerischem Vorbild reformieren zu wollen.

„Wir begrüßen, dass die CDU nach jahrelanger Verweigerung einer Diskussion jetzt unter dem Druck des Volksbegehrens auf das Thema einschwenkt. Das zeigt die Kraft der direkten Demokratie, für Reformbereitschaft zu sorgen“, so Ralf-Uwe Beck, Sprecher des Bündnisses für Mehr Demokratie in Thüringen.

Die bayerischen Regeln für die direkte Demokratie auf kommunaler Ebene seien für Thüringen grundsätzlich wünschenswert. Fraglich sei jedoch, ob die CDU-Fraktion die Ankündigung tatsächlich zum Gesetz erhebt. Schließlich hat sie erst am 14. Dezember 2006 einen Gesetzentwurf für faire Bürgerbegehren nach bayerischem Vorbild mit ihrer Mehrheit im Landtag abgelehnt. Der Gesetzentwurf war gemeinsam von den Oppositionsfraktionen und dem Mehr Demokratie-Bündnis erarbeitet worden. Nach der Landtagsentscheidung ist das Bündnis in das Volksbegehren gestartet.

„Der Vorstoß der CDU beeindruckt uns erst, wenn die Bürgerbegehren in Thüringen tatsächlich bürgerfreundlich gestaltet sind. Bis dahin gibt es für uns keinen Grund, bei der Unterschriftensammlung für das laufende Volksbegehren nachzulassen.“

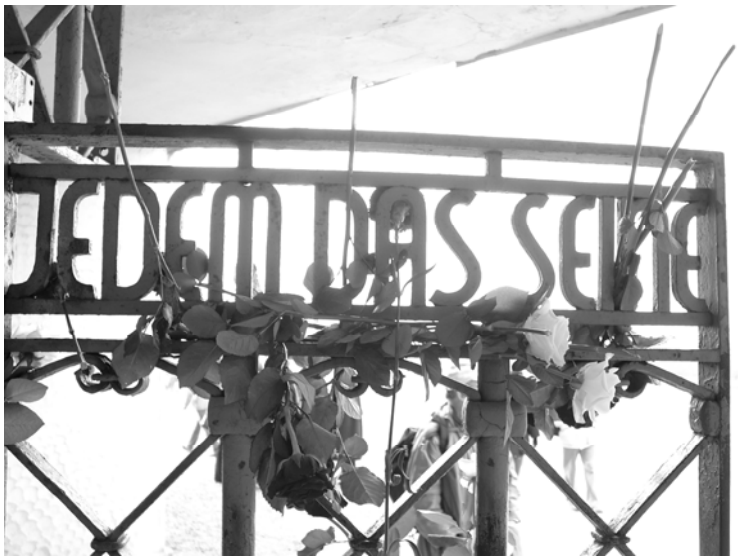
Ist die Unterschriftensammlung erfolgreich, muss der Landtag sich mit dem Gesetzentwurf des Volksbegehrens befassen. Lehnt der Landtag den Gesetzentwurf ab, kommt es zum Volksentscheid. „Diese Möglichkeit werden wir nach vier Jahren Arbeit für faire Bürgerbegehren und angesichts der bisherigen Widerstände von Seiten der CDU nicht aus der Hand geben. Die CDU könnte aber jetzt zur Unterstützung des Volksbegehrens aufrufen.“

Der Gesetzentwurf des Volksbegehrens orientiert sich zwar an den bayerischen Regeln, übernimmt sie aber nicht gänzlich. Etwa bei der Unterschriftenhürde für Bürgerbegehren berücksichtigt das Volksbegehren die besondere Thüringer Gemeindestruktur und weicht von der in Bayern festgeschriebenen Staffelung nach Gemeindegrößen ab.

Jede Unterschrift zählt. Besonders wichtig sind die vollständigen, korrekten Angaben auf dem Unterschriftenformular, schon wenn die PLZ vergessen oder neben dem Datum unterschrieben wird, wird die Unterschrift vom Meldeamt als ungültig gewertet.

8. Mai 1945 – 8. Mai 2008

Seit der bedingungslosen Kapitulation des faschistischen Deutschland am 8. Mai 1945 sind 63 Jahre vergangen.
Für uns, die Partei DIE LINKE, ist es seit je zutiefst Bedürfnis, an diesem Tag des unermesslichen Leids, der zig Millionen Opfer zu gedenken, die der deutsche Faschismus verschuldete.



Denen, die uns „verordneten Antifaschismus“ vorwerfen bzw. uns das hämisch nachsagen, sagen wir zugleich: „Wann lasst Ihr Euch einmal an Gedenkstätten sehen, wie sie das sowjetische Ehrenmal und der Ehrenfriedhof für ZwangsarbeiterInnen und ihre Kinder auf dem Arnstädter Friedhof darstellen?“
Wie sind stolz darauf, aus freien Stücken mit zutiefster Anteilnahme über Jahrzehnte eine Erinnnerungskultur zu Ehren unschuldiger Opfer des Faschismus zu wahren.
Wenn wir die Gräber der ZwangsarbeiterInnen und ihrer Kinder mit roten Nelken schmücken, so empfinden wir, dass wir jährlich, wenn auch nur mit einer kleinen Geste, beitragen, Schuld abzutragen.
Mit Ignorieren und Wegschauen ist man jedoch weit entfernt, Schuld überhaupt zu begreifen. Wer heute noch vom „Zusammenbruch 1945“ spricht, ist weit davon entfernt, den Begriff Befreiung in diesem Zusammenhang zu begreifen.
So gedenken wir auch am Donnerstag, dem 8. Mai 2008, an dieser Stelle auf dem Arnstädter Friedhof derer, die schuldlos fern der Heimat, vielfach kaum wenige Wochen oder Monate alt, hier ihre letzte Ruhestätte fanden.
Vor 108 ZwangsarbeiterInnen und 29 Kindern aus 8 Nationen, Sowjetbürger, Polen, Franzosen, Jugoslawen, Holländern, Italienern und Ungarn verneigen wir uns in Ehrfurcht und mit dem Gefühl – das darf sich von Deutschland ausgehend nicht wiederholen.
Vergessen wir darüber hinaus nicht, dass allein im nördlichen Ilm-Kreis der mörderische Häftlingseinsatz im Jonastal nach neuesten Recherchen an die 10.000 Opfer forderte und dass in 22 Orten ebenfalls nur im nördlichen Ilm-Kreis Gräber für 129 auf dem Todesmarsch im April 1945 ermordeter Häftlinge vorzufinden sind.

EHRE IHREM GEDENKEN!

Franz Rohm

DIE LINKE. www.hier-ist-die-linke.de

Büros im Ilmkreis:

Geschäftsstelle Die LINKE Arnstadt; Zimmerstraße 6; Tel./Fax: 03628/602795;
Sprechzeiten: Montags bis Freitags von 9 bis 11 Uhr; Montags 16 bis 18 Uhr

Geschäftsstelle Die LINKE Ilmenau; Topfmarkt 4; Tel./Fax: 03677/893015;
Sprechzeiten: Montags bis Freitags von 9 bis 11 Uhr

Wahlkreisbüro der MdB Nele Hirsch in Ilmenau
Topfmarkt 4; 03677/465561; Fax: 03677/893015 E-Mail: cornelia.hirsch@wk.bundestag.de; www.nele-hirsch.de
Campusbüro Ilmenau DIE LINKE.
Albert-Einstein-Straße 3 E-Mail: CAMPUSBUERO@NELE-HIRSCH.DE

Wahlkreisbüro der MdL Sabine Berninger in Arnstadt ;
Zimmerstraße 6; Tel: 03628/660624 - Fax 03628/660771; E-Mail: WKB-Berninger@t-online.de; www.sabineberninger.de

Wahlkreisbüro der MdL Petra Enders in Ilmenau
Topfmarkt 4 Tel: 03677/209873 - Fax: 03677/461549; E-Mail: info@petraenders.de; www.petraenders.de

Rechtswidrige Vergabe von Planungsleistungen beschäftigt jetzt die Justiz

„Es ist nicht hinnehmbar, dass der CDU-Landrat des Ilm-Kreises versucht, durch ein Ordnungsgeld in Höhe von 1.000 Euro eine rechtswidrige Vergabe von Planungsleistungen unter den Tisch zu kehren“, empört sich Frank Kuschel, Landtagsabgeordneter und Kreistagsmitglied der LINKEN.
Der Abgeordnete informierte darüber, dass er gegen den entsprechenden Bescheid des Landesrates nunmehr Widerspruch eingelegt hat. Gleichzeitig hat Frank Kuschel beim Thüringer Verfassungsgericht Klage gegen den Landrat erhoben. Bei der Staatsanwaltschaft hat der Linkspolitiker Anzeige erstattet.
Mitte März erhielt Frank Kuschel den Bescheid über ein Ordnungsgeld von 1.000 Euro. Den Beschluss hierzu fasste eine Mehrheit im Kreistag in nicht öffentlicher Sitzung. Hintergrund des Ordnungsgeldes ist der Vorwurf, Frank Kuschel hätte aus einer geschlossenen Sitzung eines Kreistagsausschusses vertrauliche Informationen veröffentlicht.
Konkret geht es um eine Vergabe von Planungs- und Ingenieurleistungen im Zusammenhang mit der Rekultivierung der Abfalldeponie „Wolfsberg“. Kuschel hielt diese Vergabe für rechtswidrig und hat sich deshalb an die Landesregierung als oberste kommunale Rechtsaufsichtsbehörde gewandt. Die Landesregierung bestätigte den Vergabe- und Gesetzesverstoß und kündigte eine Prüfung an. „Mit dem Ordnungsgeld soll ich diszipliniert werden“, ist sich Frank Kuschel sicher.
Es soll also ein Gesetzesverstoß einfach hingenommen und verschwiegen werden, obwohl Landtagsabgeordnete und Kreistagsmitglieder die Pflicht haben, für die Einhaltung der Gesetze zu sorgen. Kuschel sieht sich in seinen Rechten behindert. „Es kann nicht sein, dass ich für die Wahrnehmung meines parlamentarischen Fragerechtes mit einem Ordnungsgeld belegt werde“, so Frank Kuschel weiter.
Es stellt sich doch vielmehr die Frage, weshalb die Aufsichtsbehörden bisher den Gesetzesverstoß noch nicht geahndet haben. „Jetzt müssen eben die Gerichte entscheiden, wenn Landesbehörden wieder einmal nicht reagieren“, begründet der Linkspolitiker seinen Gang zum Verfassungsgericht und der Staatsanwaltschaft. „Es muss endlich geklärt werden, ob dem Landkreis ein Schaden entstanden ist und ob Abgeordnete durch Ordnungsgelder zur Duldung von Rechtsverstößen gezwungen werden können“, sagte abschließend der Kommunal- und Landespolitiker.

Es stinkt zum Himmel!

Vertreter des Stadtvorstandes und der Stadtratsfraktion DIE LINKE Arnstadt haben am 22. April den Beginn der öffentlichen Anhörung bezüglich der geplanten Schweinezuchtanlage in der Gemarkung Ettischleben im Ilm-Kreis, die von einem niederländischen Investor gebaut werden soll, genutzt, um zusätzlich zu ihren schriftlich gemachten Einwendungen dagegen zu protestieren. Insgesamt wurden über 2.000 Einwendungen gegen das geplante Vorhaben erhoben. Das Transparent „Es stinkt zum Himmel“ drückte klar und deutlich in einem kurzen Satz aus, was die Region erwartet, sollte der Bau der Schweinezuchtanlage entgegen der Proteste und Einwendungen genehmigt werden.
Von der Landtagsfraktion DIE LINKE besuchte die öffentliche Anhörung Sabine Berninger, welche in der Funktion der Stadtvorsitzenden und Stadtratsmitglied DIE LINKE anwesend war. Sie erläuterte und begründete zur Anhörung die eingelegten Einwendungen des Stadtvorstandes und der Stadtratfraktion. An der öffentlichen Anhörung nahm ebenfalls Dr. Johanna Scheringer-Wrigth, die landwirtschaftliche Sprecherin der Landtagfraktion DIE LINKE, teil.
Der umweltpolitische Sprecher der Landtagsfraktion, Tilo Kummer, fand leider nicht den Weg in die Arnstädter Stadthalle, um an der öffentlichen Anhörung teilzunehmen und seine Position zu der Angelegenheit darzustellen.
Dies ist zu bedauern, da mehrere Naturschutzverbände, darunter BUND und NABU, die sich mit Einwendungen gegen den Bau dieser Schweinezuchtanlage aussprechen, vertreten waren.
In der Landtagsfraktion DIE LINKE gibt es zur geplanten Schweinemastanlage noch unterschiedliche Positionen. Der Bereich „Wirtschaft und Umwelt“ hält das Vorhaben für zulässig, weil Thüringen beim Schweinefleisch noch Importland ist. Die Kritiker des Vorhabens lehnen die industrielle Fleischproduktion grundsätzlich ab, auch weil dadurch regionale Fleischproduzenten unter Druck geraten.

Simone Mergell
Stadtratsfraktion

Impressum

Und es wird in jener Zeit Gerüchte von Dingen geben, die vom rechten Weg abkommen, und es wird große Verwirrung herrschen, wo die Dinge wirklich liegen, und niemand wird wissen, wo jene kleinen Dinge mit dieser Art von Fuß aus Bast liegen, die einen Henkel haben, sie werden nicht da sein. Amen.
Langweiliger Prophet

Für den Inhalt dieser Ausgabe zeigen sich Sabine Berninger, Thomas Schneider, Annette Rudolph und Jochen Traut verantwortlich.Anschrift der Redaktion:
Wahlkreisbüro Sabine Berninger, Zimmerstraße 6, Tel.: 03628/660624 Fax: 03628/660671; e-mail: WKB-Berninger@t-online.de
Die nächste Ausgabe des „Linken Echos“ erscheint ca. am 06.06. 2008.

Landgemeindenmodell kein Lösungsansatz für die Region

„Das von CDU und SPD vorgeschlagene so genannte Landgemeindenmodell wird die gemeindlichen Strukturprobleme im nördlichen Ilm-Kreis nicht lösen können“, erklärt der kommunalpolitische Sprecher der Landtagsfraktion DIE LINKE, Frank Kuschel. Zum Problemkreis der erfüllenden Gemeinden enthält das CDU-SPD-Modell überhaupt keine Aussagen.

Arnstadt ist gegenwärtig sowohl für die Wipfratalgemeinde als auch die Wachsenburggemeinde erfüllende Gemeinde. d.h. Arnstadt nimmt Verwaltungsaufgaben für diese Gemeinden wahr. Geht es nach der Aussage des Thüringer Ministerpräsidenten, sollen diese erfüllenden Gemeinden in die jeweilige Kernstadt eingemeindet werden. Für die Region Arnstadt würde dabei ein kommunales Gebilde entstehen, das bereits mehr als die Hälfte des Altkreises Arnstadt umfasst.

„Eine solche Entwicklung ist aus Bürgersicht, aber auch wegen raumordnerischer Aspekte abzulehnen“, so Frank Kuschel weiter, der auch selbst Mitglied der Enquetekommission „Gebietsreform“ des Thüringer Landtages ist. Zwischen und um die Zentren Arnstadt und Ilmenau muss es auch noch starke ländliche Räume geben. Deshalb macht auch eine Eingemeindung von Plaue nach Arnstadt wenig Sinn. Eine Stärkung der Region hingegen würde durch die Fusionierung von Ichtershausen nach Arnstadt eintreten. Die auch diskutierte Zusammenlegung der Wachsenburggemeinde und Ichtershausen würde hingegen Arnstadt als Mittelzentrum schwächen.

Wenn in diesem Zusammenhang behauptet wird, DIE LINKE wolle Großgemeinden über 10.000 Einwohner, entspricht dies nicht einmal annähernd den Tatsachen. DIE LINKE hat in ihrem Konzept eine gemeindliche Mindestgröße von 5.000 Einwohnern vorgeschlagen. Diese Grenze soll jedoch keinesfalls dogmatisch verstanden werden. Auch Gemeinden mit weniger 5.000 Einwohnern können selbstständig sein, wenn sie die erforderliche Leistungskraft nachweisen können.

Die gemeindlichen Strukturen müssen jedoch nur dann zur Disposition gestellt werden, wenn es auch Veränderungen auf der Ebene der Landkreise und der Landesbehörden gibt. „Hier schweigen sich zurzeit CDU und SPD aus“, kritisiert der Landtagsabgeordnete. Ohne Klärung künftiger Landkreisstrukturen ist es kaum verantwortbar, Gemeinden erneut zu ordnen und dies möglicherweise in einigen Jahren erneut zur Frage zu stellen.

In allen Gemeindeneugliederungsfällen will DIE LINKE ein unmittelbares Mitwirkungsrecht der Bürger über die Form des Bürgerentscheids. „Wenn der Bürger letztlich mitentscheiden kann, werden Gemeindeneugliederungsmaßnahmen auf ein hohe Akzeptanz stoßen“, ist sich Frank Kuschel sicher.

Stadtratsfraktion DIE LINKE. Ilmenau:

Standpunkt zum Verkehrskonzept Innenstadt

Den Ilmenauer Stadtrat beschäftigt seit 2006 eine Konzeption zum innerstädtischen Verkehr. Die Fraktionen im Ilmenauer Stadtrat sind aufgefordert, ihre Auffassungen dazu einzubringen.

Als einer der Hauptdiskussionspunkte hat sich der Verkehr in der Marktstraße herauskristallisiert. Seit Jahren gehört diese Straße im Zentrum zu den am meist befahrenen. Die Herangehensweisen, das zu ändern sind unterschiedlich.

Die Vorzugsvariante der Fraktion DIE LINKE ist die Beibehaltung des Status quo. Der Verkehr wird in einer Einbahnstraße von Süd nach Nord gebündelt.

Insbesondere ist nur durch diese Variante, die von den LINKEN vorgeschlagene, bessere Busanbindung des Wohngebietes Stollen u.a. Wohngebiete im Süden der Stadt an Marktplatz, Rathaus, Behördenzentrum und mehr Nähe zum Friedhof, realisierbar. Dennoch gilt es, die Verkehrsbelastung für Anwohner in der Marktstraße und angrenzender Straßen (Graben, Topfmarkt, Karl - Zink - Straße) mit Durchgangsverkehr und ruhenden Verkehr zu verringern.

Das sind die Vorschläge:

Parkplatz Erfurter Straße/Friedhof, gebührenfrei. Der Parkplatz kann besser ausgelastet werden, was zu einer Entlastung im ruhenden und Parkplatzsuchenden Verkehr im innerstädtischen Bereich führen kann.

Der Durchgangsverkehr von der Karl - Liebknecht - Straße über die Schwanitzstraße/Marktstraße hin zur Erfurter Straße muss erschwert werden. Eine Maßnahme ist die Busanbindung durch die Stadtlinie C, die im Stundentakt in dieser Relation verkehren soll und 2 Haltestellen bedient. Der Busbetrieb ist auf die Zeit von 07.00 Uhr bis 18.00 Uhr zu begrenzen.

Teilweise Sperrung der Marktstraße in den Nachtstunden. Dazu ist die Schwanitzstraße ab Ecke Mühlengraben als Sackgasse auszuweisen und am Ende Schwanitzstraße mit Bollern in der Zeit von 21.00 Uhr bis 06.00 Uhr abzusperren (ähnliche Methode gibt es in der Innenstadt von Arnstadt, Zimmerstraße, Anwohner etc. erhalten Zugang durch entsprechende elektronische Schlüsselsysteme). Die Erreichung der Marktstraße, über Karl - Zink - Straße und Graben wird in Kauf genommen. Die Nutzung der Marktstraße/Schwanitzstraße für den gegenläufigen Radverkehr ist nicht zu empfehlen.

Ergänzende Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung

Stadtbuslinien A und C sind stärker auf die Bedürfnisse der TUI auszurichten. Die Relation „Campus - Hauptbahnhof“ und umgekehrt „Hauptbahnhof - Campus“ ist direkt

zu organisieren. Studierende, Mitarbeiter oder Gäste der TUI haben so Gelegenheit in kurzer Zeit ihr Ziel ohne eine Stadtrundfahrt zu erreichen. Lösbar ist dies dadurch, dass der eine Ausgangs- bzw. Endpunkt der Stadtlinien jeweils der Busbahnhof ist.
Die Stadtlinie C erhält in beiden Richtungen eine weitere Haltestelle am „Zirkusplatz“. Es ist davon auszugehen, dass dieser Platz eines Tages Festplatz sein könnte und somit eine direkte Busanbindung durch die vorbeiführende Stadtbuslinie und anderer Omnibuslinien vorteilhaft ist. Bei der touristischen Erschließung der Bahnstrecke Ilmenau - Rennsteig (in der Regel für Fahrten an Wochenenden und Feiertagen) sind weitere Haltepunkte (z.B. Schwimmbad „Hammergrund“, Hotel Moosbach) einzurichten.

Zum Aus für die Seilbahn zum Kickelhahn

Als der Ilmenauer Oberbürgermeister im letzten Stadtrat verkündete, dass die Verwaltung das Ziel aufgibt, eine Seilbahn zum Kickelhahn zu errichten, war das keine Überraschung mehr. Als offizieller Grund wurde angegeben, das Land unterstütze das Vorhaben nicht. Auch das war keine Überraschung, denn man kennt ja die Pläne, den Schneekopf touristisch aufzuwerten. Die „Weisheit“ der Landesregierung basiert natürlich auch auf der chronischen Geldknappheit. Der wahre Grund für die Entscheidung des OB liegt aber noch tiefer. Deshalb einige Anmerkungen zur Historie dieser „glorreichen“ Idee.
Aus verschiedenen Quellen, darunter keine offizielle, erfuhren die Stadträte (was die CDU-Fraktion vorher wusste, wissen wir nicht), dass an dem Vorhaben bereits gearbeitet wurde, ohne dass Mittel im Haushalt eingestellt wurden. Das betrachtete der OB offensichtlich als kein Problem, die Mehrheit würde schon funktionieren. In der Haushaltsdiskussion erwiesen sich aber die vorgesehenen 50000 Euro als der Knackpunkt. DIE LINKE und das Bürgerbündnis lehnten das Vorhaben prinzipiell ab. Auch die CDU bekam kalte Füße. Zu stark waren die Proteste aus der Bevölkerung. Unsere Hauptargumente waren:
Ein solch großes Vorhaben muss demokratisch vorbereitet werden. Dazu sind die Einwohner in geeigneter Weise einzubeziehen. Wollen wir das überhaupt und was sind die finanziellen Konsequenzen für die künftigen Haushalte.
Bevor die 50000 Euro ausgegeben werden muss die Stadt erst ihre Hausaufgaben erledigen. Als Minimum muss eine Aufgabenstellung für die Machbarkeitsstudie erstellt werden. Zudem müssen vorher die Alternativen untersucht werden. Das sind z.B. ein Shuttelverkehr, wie z.B. zum Kickelhahnfest für Senioren, angemeldeter Busverkehr auf eine sanierten Strecke usw.
Es gibt mindestens drei KO-Kriterien. Das sind ein Betreiberkonzept unter Einbeziehung von privatem Kapital, der fehlende Zugriff auf die gastronomischen Erfordernisse (Der Kickelhahnwirt hat ein Erbpachtrecht) und die fehlende Gestaltung rund um die Talstation. Auch spielt die Art des Tourismus um den Kickelhahn eine wichtige Rolle. „Über allen Gipfeln ist Ruh“, dichtete schon Goethe. Der ist aber der Haupttrumpf bei der Vermarktung.
Diesen Argumenten konnte man sich schlecht verschließen. Der OB wollte erst Klarheit über die Machbarkeit. Die 50000 Euro bezeichnete er als 0,0 Prozent des Haushaltes, also peanuts. Dabei ist das immerhin viermal soviel, wie die Stadt zur Förderung kultureller Vereine ausgibt. Dort würde damit wesentlich mehr für Ilmenau gemacht werden können. Bei Vorschlägen zu sozialen Verbesserungen ist man da wesentlich hartleibiger! Immerhin hatte man uns aber als Zuckerchen Geld für kommunale Beihilfen für Kinder genehmigt.
Es wurde schließlich beschlossen, für die 50000 Euro einen Sperrvermerk einzustellen. Der OB sah das als rein formal an und war sich der Mehrheiten im Stadtrat gewiss, wie er in der Presse mehrfach verlauten ließ. Die Stimmung in der Bevölkerung besserte sich aber nicht. Dazu haben wir mit gezielten Veröffentlichungen beigetragen. Das musste auch die CDU-Fraktion zur Kenntnis nehmen. Schließlich stehen Wahlkämpfe vor der Tür. Die wahlbeeinflussenden Geschehnisse um die Münchner Schwebebahn taten ein Übriges. So klare Wahlkampfmunition wollte man der LINKEN dann doch nicht bieten. So starb das Vorhaben vor sich hin.
Der OB wurde äußerst missgelaunt und war auch mit der eigenen Fraktion in Unfrieden. So war es bis zum finalen Entscheid nur noch eine Frage der Zeit. Jetzt will man das Geld für die Sanierung der Alten Feierhalle und deren Gestaltung zu einem Kolumbarium (ein Standplatz für Urnen) verwenden. Ein Erfolg für uns, der Kultur- und Sportausschuss, dessen Leitung wir haben, hatte das gefördert. Überdies soll jetzt eine Konzeption zur Gestaltung des Tourismus auf den Kickelhahn erarbeitet werden. Das hatten wir gefordert.
Ein kleines, aber bezeichnendes Vorkommnis am Rande. Auf unsere Frage, ob denn die Stadtentwicklungskonzeption, die auch diese Problematik behandelt, aber schon aus den 80er Jahren stammt, bekannt ist und berücksichtigt wird, war der OB fassungslos. „Wir wollten wohl wieder die Fünfjahrpläne einführen“, tönte es aus der CDU-Fraktion.
„Ja, es gab ein Leben vor 89 und der IQ ist auch nicht gestiegen“, war unsere Antwort. Langfristige Konzeptionen werden in Ilmenau gefürchtet wie der Teufel das Weihwasser. Die schränken schließlich nur ein, z. B. die heilsbringenden Visionen des OB.

Klaus Leuner

„Prellerschlösschen“
Vision: Ilmenauer Kulturvereinshaus?

Ilmenauer Vereine benötigen ein neues Domizil, nachdem das Ilmenauer Frauen- und Familienzentrum in die „Alte Försterei“ umziehen musste und sowohl räumlich als auch finanziell kaum Reserven hat. Die „Alte Försterei“ wurde zuvor von der Stadt an die Ilmenauer Wohnungs- und Gebäudegesellschaft mbH übertragen, die das historische Gebäude saniert hat und an den Verein „Regenbogen“ e. V. vermietet.
Der sehr aktive Verein ist Träger sowohl des Frauen- und Familienzentrums als auch des Bundes-Projektes „Mehrgenerationenhaus“. Seine Mittel sind allerdings so knapp bemessen, dass von den städtischen Vereinen Mieteinnahmen verlangt werden müssen. Dem Ilmenauer Schachverein e. V. wurde - nach Auskunft von Dr. Klaus Leuner - ein Angebot unterbreitet, welches das finanzielle Aus für den Verein darstellen würde. Der Thüringerwald-Verein, gegründet 1880 in Ilmenau, sucht ein Domizil in der Stadt.
Der Ilm-Kreis trägt sich mit der Absicht, das denkmalgeschützte Prellerschlösschen am Wenzelsberg in Ilmenau für einen symbolischen Preis zu verkaufen.

Prellerschlösschen in Ilmenau

Namensgeber ist Dr. Emil Preller (1836-1893), Direktor der Ilmenauer Kaltwasserheilanstalt. 1890 gründete Fräulein Malwine Mahr eine höhere Töchterschule mit Pensionat im Prellerhaus am Wenzelberg. Von 1990 bis 1993 fanden umfangreiche Bauarbeiten an den Gebäuden der „Pestalozzischule - Staatliches Förderzentrum - Förderschwerpunkt Lernen“ statt, die das Prellerhaus mit nutzte: Das Prellerhaus wurde saniert.
Nun wird das Prellerschlösschen, nicht mehr als Schulgebäude benötigt, leergezogen und dann auch nicht mehr gelüftet und beheizt. Von außen ist es recht gut anzusehen, innen zeigen feuchte Flecken im Keller Sanierungsbedarf.
Ein Blick in die drei Etagen genügt und man kann sich ein reizvolles Ambiente für die Vereinsarbeit und manches attraktive touristische Angebot vorstellen. Im Flur in der ersten Etage sieht man den schönen historischen Steinmosaikboden, in den übrigen Räumen verbirgt DDR-Linoleum den Blick auf den Zustand des Fußbodens. Die Originaltüren sind kaputt. Der Denkmalschutz muss mit Fördermitteln einbezogen werden.
Die Modernisierung wäre aus vielerlei Sicht zu begrüßen. Der Stadt steht die Sanierung von Kulturdenkmalen immer gut zu Gesicht, um nur das Jagdhaus Gabelbach und das Amtshaus zu nennen. Weitere touristische Angebote in Regie der Vereine können entstehen. Investitionen bringen der Stadt Geld und Arbeitskräfte. Wenn dem so wäre, dann kann auch die Finanzierung auf den Weg gebracht werden. Kaufinteressenten gibt es nicht.

Christine Spira
Mitglied Sozialausschuss

Ohne Knete keine Fete! 6 €uro für den Sozialismus! Solidarität hilft siegen!

Wichtig! Der Beitrag zur Europäischen Linkspartei

Liebe Genossinnen und Genossen!
Mitglieder der Partei DIE LINKE sind gemäß unseres Parteistatuts gleichzeitig Mitglied der Partei der Europäischen Linken.
Im Monat Mai kassieren wir - wie jedes Jahr - den Beitrag zur Europäischen Linkspartei (EL).
Laut Bundesfinanzordnung beträgt die Höhe dieses Beitrags für „jedes Mitglied“ mindestens sechs Euro pro Jahr. Mitglieder mit einem monatlichen Nettoeinkommen bis zu 700 Euro sind von der Zahlung des EL-Beitrages befreit. Natürlich können sie trotzdem diesen Beitrag zahlen, wenn sie es möchten. Auch Sympathisanten, die nicht Mitglieder der LINKEN sind, können EL-Beitrag zahlen.
Die eingezahlten EL-Beiträge werden dem Parteivorstand der Partei DIE LINKE zur Weiterleitung an die Europäische Linkspartei übergeben.
2007 haben wir als Kreisverband 1.029 Euro EL-Beiträge an die Europäische Linke übergeben. Damit hatten wir unser Planziel von 1.500 Euro nicht erreicht; obwohl etliche GenossInnen freiwillig 10 Euro, einige sogar deutlich mehr EL-Beitrag zahlten. Andere zahlten freiwillig EL-Beitrag, obwohl sie über weniger als 700 Euro Monatsnetto verfügten. Herzlichen Dank dafür!
Dennoch kamen auch 2007 eine ganze Reihe unserer Mitglieder mit entsprechendem Mindesteinkommen ihrer Zahlungspflicht nicht nach. Die EL-Kassierung 2008 ist ein guter Zeitpunkt, das Versäumte nachzuholen. Ich bitte darum, Eure Basisvorsitzenden bzw. Kassierer bei der Kassierung der EL-Beitäge zu unterstützen!
Darüber hinaus sollte die EL-Beitragsentrichtung möglichst im Lastschrift-Einzugsverfahren erfolgen. Ich bitte alle Mitglieder unserer Partei mit entsprechendem Einkommen, die dem Kreisvorstand noch keine entsprechende Einzugsermächtigung erteilt haben, dies noch nachzuholen. Entsprechende Formulare haben die Basisvorsitzenden oder können in unserer Geschäftsstelle angefordert werden.
Gerade auch im Hinblick auf die Europawahlen 2009 sollten wir die Europäische Linkspartei nicht nur politisch, sondern auch finanziell stärken.

Mit solidarischen Grüßen,
Klaus Häßner
Schatzmeister

Nur noch 24 Prozent der Betriebe bilden aus

„In der Zeit, in der sich ein Bewerber um einen Ausbildungsplatz bemüht, steigt auch das Alter des Bewerbers.“ Diese nicht gerade überraschende Erkenntnis ist Bestandteil einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE zu „Konsequenzen des Ausbildungsbonus“. Hinterfragt wird darin das von der Bundesregierung geplante Gesetz, mittels eines Ausbildungsbonus Arbeitgeber zu veranlassen, zusätzliche Ausbildungsplätze für junge Menschen zu schaffen.

Dass zusätzliche Ausbildungsplätze dringend benötigt werden, hat die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion, Nele Hirsch, in einer Rede Ende April im Plenum deutlich zum Ausdruck gebracht: „385.000 Jugendliche in diesem Land tragen den Stempel Altbewerberin bzw. Altbewerber. Allein im letzten Jahr konnten 100.000Jugendliche ihren Ausbildungswunsch nicht realisieren. Nur noch 24 Prozent der Betriebe bilden aus. Nicht einmal jeder dritte Jugendliche mit Migrationshintergrund findet einen Ausbildungsplatz. Es kommt zu zusätzlichen Benachteiligungen von Frauen und von jungen Menschen mit Behinderung.“

Den zur Lösung des Problems geplanten Ausbildungsbonus hält DIE LINKE allerdings nicht für zielführend. Anstatt Unternehmen, die ihrer Verantwortung für die Ausbildung nicht nachkommen, durch eine gesetzliche Ausbildungsplatzumlage in die Pflicht zu nehmen, sollen ausbildende Betriebe nach dem Willen der Bundesregierung zukünftig eine Prämie erhalten. Da diese für zwei- und dreijährige Ausbildungen die gleiche sein soll, wird dadurch eine zweijährige Schmalspurausbildung befördert. „Der beschriebene Effekt erscheint nicht ausgeschlossen.“ heißt es dazu lakonisch in der Antwort der Bundesregierung auf die o. g. kleine Anfrage.

Als „eine unmissverständliche Aufforderung an die Bundesregierung, endlich zu handeln und ihre Berufsbildungspolitik auf eine neue Grundlage zu stellen“, bezeichnete Nele Hirsch die mehr als 72.000 Unterschriften für eine Verankerung des Rechts auf Ausbildung im Grundgesetz, die Landesschülervertretungen und Gewerkschaftsjugenden in den letzten Monaten gesammelt haben. Bei der Übergabe dieser Unterschriften an sie und weitere Abgeordnete des Bundestages am 22. April vor dem Paul-Löbe-Haus in Berlin versprach sie, dass DIE LINKE die Petition unterstützt und sich im Parlament weiter für die Forderung stark machen wird.

Mit der Durchsetzung des Grundrechts auf Ausbildung könnten die Klagen der Unternehmen, dass es an gut ausgebildeten Fachkräften mangelt, endlich der Vergangenheit angehören. Das Alter der Bewerber würde während der Zeit, in der sie sich um einen Ausbildungsplatz bewerben, nicht mehr erwähnenswert steigen. – Und junge Menschen hätten endlich eine Zukunftsperspektive in diesem Land!

MdB Nele Hirsch zu Gast beim Ortsverband des BRH-Arnstadt

Eingeladen zu aktuellen Fragen der Rentenpolitik und über die Arbeit des deutschen Bundestages hatte der vorsitzende des BRH-Ortsverbandes Arnstadt, Horst Mrozik am 17.04. 2008 die Abgeordnete des Bundestages und bildungspolitische Sprecherin der Fraktion Die LINKE. Nele Hirsch. In Begleitung von Nele nahm auch Genosse Jochen Traut an der Veranstaltung teil.

Das Ziel der Veranstaltung war vor allem, die Anwesenden Mitglieder des BRH mit der Arbeit der Fraktion Die LINKE. Im deutschen Bundestag vertraut zu machen. In der anschließenden Aussprache standen sowohl die Rentenpolitik, Sozialpolitik, und der Standpunkt zur Friedenspolitik im Mittelpunkt. Das dies in der Arbeit der Fraktion nicht immer einfach ist, machte Nele Hirsch an einigen Beispielen sehr deutlich. In der Diskussion waren vor allem die 17 Anträge zur Rentenpolitik eine gute Grundlage zur Aussprache. Diese Anträge waren am 25.4. 2008 auf der Tagesordnung des Bundestages (sieh auch ND vom 26.04.). Dabei geht es vor allem um di Frage: wie lange will die Regierung die Teilung der Bundesrepublik in zwei rentenrechtliche Gebiete noch aufrecht erhalten?

Auch der Umgang mit dem Rechtsextremismus nahm in der Aussprache einen sehr breiten Raum ein. Einige brachten zum Ausdruck man sollte im Bundestag über ein NPD-Verbot nachdenken. Was am 1.4. 2005 in Arnstadt stattfand sollte sich nicht wiederholen (NPD-Aufmarsch).

Ausgehend vom Ostermarsch in Ohrdruf machte Nele noch einmal sehr deutlich, dass die Fraktion Die LINKE. im Parlament ihre Hand niemals für Kriegseinsätze der Bundeswehr erheben wird.

Abschließend vertraten die Teilnehmer die Meinung man sollte mehr Geld für soziale Maßnahmen ausgeben und Kampfeinsätze der Bundeswehr sollten in Afghanistan endlich der Vergangenheit angehören. Die Aufgaben der Zukunft kann man nur im Frieden lösen.

Rolf Büttner
Stadtvorstand Arnstadt

DIE LINKE. Mach mit, komm zu uns:

Nun sollte auch der Rest dieser Landesregierung den Hut nehmen

Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Thüringer Landtag, Dieter Hausold, forderte den Thüringer Ministerpräsidenten auf, den designierten Kultusminister Krause „schleu-nigst zurückzuziehen“ und den „Spuk zu beenden“.
Es stehe in Frage, wie glaubwürdig Dieter Althaus ist, wenn er einerseits bekräftigt, dass rechtsextremistischer Nährboden ausgetrocknet werden müsse, und er andererseits an einem zwielichtigen Personalvorschlag festhalte. Mit jeder Äußerung, ob aus der Staatskanzlei, der CDU oder der Jungen Union, werde der Schaden nur noch größer. Offensichtlich sei sich die verantwortliche Thüringer Politik über die Dimension des Skandals nicht im Klaren.
Man könne nur den Kopf schütteln, wenn der angehende Minister für Bildung und Kultur die Junge Freiheit unwidersprochen ein „anerkanntes Medium in der Presselandschaft“ nennen dürfe und aus der Staatskanzlei ernstlich damit argumentiert werde, dass diese Zeitung schließlich nicht verboten sei. „Das ist auch die NPD noch nicht, obwohl es keinen Zweifel an ihrer rechtsextremistischen Verfasstheit gibt“, betonte Dieter Hausold.
Die Thüringer Landesregierung habe nicht nur abgewirtschaftet, dem Ministerpräsidenten fehle es auch ganz offensichtlich an dem notwendigen politischen Fingerspitzengefühl. Statt weiterer fragwürdiger Experimente, die Thüringen nur noch mehr zurückwerfen, sollte nun auch der Rest dieser Landesregierung den Hut nehmen, so der LINKE-Politiker abschließend.

Krause regelmäßiger Autor in extrem rechten Publikationen

Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Dieter Hausold, bekräftigt die Haltung seiner Fraktion und Partei in der Causa Krause: „Wer behauptet, die Fragen zur Rolle Dr. Peter Krauses in der extrem rechten Publizistik mit Verweis auf ‚zweieinhalb Monate bei der JF’ erledigen zu können, täuscht die Öffentlichkeit. Neben seiner jahrelangen Autorenschaft für die Junge Freiheit, hat er auch im revisionistischen Ostpreußenblatt veröffentlicht und war Autor der Rechtsaußen-Publikation Etappe.“
Es sei ein unglaublicher politischer Vorgang, dass nun Althaus selbst die ideologischen Wurzeln und die Verbindungen von Dr. Peter Krause verharmlost oder gar gutheißt.
Dr. Peter Krause war nicht nur ein halbes Jahr stellv. Chefredakteur der JF, auch hat er insgesamt in einem Zeitraum von zwei Jahren für die Junge Freiheit, das Vordenkerblatt der Neuen Rechten, Artikel beigesteuert, erklärt Dieter Hausold.
Dass Krause nach seiner Zeit bei der JF der Grauzone aus Rechtsextremen und Deutschnationalen den Rücken kehrte, ist falsch. Mag das „Ostpreussenblatt“ lediglich ausländerfeindlich und revisionistisch sein, so ist die „Etappe“ entgegen der Behauptung von Dr. Krause heute in der TLZ kein satirisch angehauchtes konservatives Debattenblatt; sondern ein elitäres Vordenkerblatt der neuen und extremen Rechten. Ein Herausgeber, Heinz-Theo Homann, war Mitglied der Republikaner und kandidierte 1989 für diese rechtsextreme Partei. Für den Verfassungsschutz ist der Co-Herausgeber Günter Maschke ein „bekennender Verfassungsfeind“ und totalitärer Denker: Demokratische Werte bezeichnete er als „Kannibalenhumanität und Zigeunerliberalismus“.
Dieter Hausold weist entschieden darauf hin, dass neben der Frage „wo Krause publizierte“ die Aufmerksamkeit endlich auch auf die Inhalte seiner Veröffentlichungen gelegt werden sollte. „Allen Texten ist ein antiaufklärerischer Gestus und eine Verachtung gegenüber nichtbürgerlichen Menschen gemeinsam. Dr. Peter Krause bezieht sich durchgängig auf Autoren, die mit dem Faschismus sympathisierten oder als dessen Vordenker gelten.“

Die freie Enzyklopädie Wikipedia zur Jungen Freiheit:

Die Junge Freiheit ist eine deutsche Wochenzeitung für Politik und Kultur. Sie versteht sich als unabhängiges, konservatives Medium. Politologen ordnen sie mehrheitlich als Sprachrohr der „Neuen Rechten“ mit einer „Scharnier-“ oder „Brückenkopf“-Funktion zwischen demokratischem Konservatismus und Rechtsextremismus ein.

Verlagsgeschichte
Chefredakteur Dieter Stein gründete die Junge Freiheit im Mai 1986 in Freiburg im Breisgau ursprünglich als Organ für die Jugendorganisation der von Franz Handlos gegründeten Freiheitlichen Volkspartei. Sie erschien seit 1986 alle zwei Monate als parteilose Schüler- und Studentenzeitung mit einer Auflage von 400 Stück. In einigen Universitätsstädten wurden durch Verteilung kostenloser Exemplare neue Leser angeworben, die Leserkreise bildeten.
1990 gründeten zehn Hauptautoren der Zeitung die Junge Freiheit Verlag GmbH. 1993 beschlossen die Verlagsgründer den Ausbau zur Wochenzeitung und die Gründung einer Kommanditgesellschaft, an der die Leser Anteilsscheine erwerben konnten.
Seit 1994 erscheint das Blatt als Wochenzeitung mit 20 bis 28 Seiten in einer Auflage von etwa 10.000 Exemplaren. Verlagsort war nach Freiburg im Breisgau zunächst Potsdam, seit 1995 ist es Berlin. Finanziert wird das Blatt neben dem Verkaufs- und Abonnementerlös durch Anzeigen und Privatspenden.
Seit 1996 ist das Blatt auch als Online-Ausgabe im Internet zu beziehen.
Als die Leipziger Buchmesse die Junge Freiheit wegen befürchteter Proteste gegen deren geplantes Jubiläumsfest von der Teilnahme 2006 ausschließen wollte, fand diese mit einem Aufruf eine Reihe auch prominenter Unterstützer, darunter Helmut Markwort und Arnulf Baring.
Im September 2007 kündigte die Junge Freiheit die Kooperation mit der FPÖ-nahen österreichischen Wochenzeitung Zur Zeit wegen der Zusammenarbeit des Herausgebers Andreas Mölzer mit der NPD.
2007 gab die Zeitung eine Druckauflage von 20.000 Stück an. Die verkaufte Auflage liege bei 15.800 Exemplaren, die Zahl der Abonnenten bei 13.000. Da durchschnittlich 2,5 Personen das Blatt läsen, erreiche es bis zu 39.500 Leser pro Woche.
Selbstverständnis
Die Junge Freiheit sieht sich als „eine der letzten überregionalen, verlagsunabhängigen Zeitungen Deutschlands“, die „wirtschaftliche, politische und publizistische Freiheit“ zu ihren wesentlichen Grundprinzipien zähle. In der Tradition des klassischen Journalismus stehend, leiste man „einen Beitrag zur Vergrößerung der Vielfalt und Lebendigkeit der demokratischen Meinungsbildung“ und verteidige „die Presse- und Meinungsfreiheit gegen wirtschaftliche und politische Einflußnahme“.
Man wolle „die große kulturelle und geistige Tradition der deutschen Nation in Ehren“ halten und so „die politische Emanzipation Deutschlands und Europas und die Bewahrung der Identität und der Freiheit der Völker der Welt“ erreichen. Zum 60. Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai 2005 dokumentierten Zeitzeugenberichte auf 20 Seiten die verschiedene Wahrnehmung des Ereignisses. Am 20. Juli 2007 erinnerten 28 Seiten an die „Helden der Nation“ (Dieter Stein), die das gescheiterte Attentat auf Adolf Hitler vom 20. Juli 1944 durchführten. Artikel und Interviews aus Sonderbeilagen veröffentlicht der Verlag auch in Buchform.

Eine starke Linke für eine andere, bessere Politik

Antrag des Parteivorstandes an den 1. Parteitag (Leitantrag), beschlossen am 12. April 2008

Wenn die Mai-Ausgabe von „Linkes Echo“ erscheint, sind es nur noch drei Wochen bis zum 1. Bundesparteitag der Partei DIE LINKE.

Wir sind mitten in den Debatten auch zum Leitantrag, der die Politik unserer Partei in Vorbereitung des Wahljahres 2009 bestimmen soll und wird. Somit handelt es sich nach meinem Verständnis um einen Antrag von grundsätzlichem Charakter. Sicher werden neben den Wahlen zum neuen Parteivorstand und weiteren Leitungsgremien entsprechend der auf den Dortmunder Parteitagen beschlossenen Bundessatzung auch weitere Anträge behandelt. Für sie bleibt nach der Zeitplanung für den Parteitag nicht viel Zeit, leider.

Den eigentlichen Mittelpunkt bilden jedoch der Leitantrag des Parteivorstandes und die Wahlen, damit sich die Partei mit einem durch den Parteitag legitimierten Vorstand auf die weiteren Aufgaben konzentrieren kann.

Auch wir sollten uns in den Basisgruppen mit dem vorliegenden Antrag beschäftigen. Der vom Parteivorstand berufene Ältestenrat, als beratendes Gremium des Parteivorstandes, hat sich mit seinem „Angebot des Ältestenrates zum Fortgang der Programmdebatte“ bereits am 8. Februar öffentlich zu Wort gemeldet. Der Punkt 3. des Leitantrages fasst die vor uns stehenden Aufgaben zusammen. Wörtlich heißt es:

„Unser Maßstab für politischen Erfolg beschränkt sich nicht auf mediale Aufmerksamkeit, Mandate und Ämter, unser Maßstab sind praktische Veränderungen, tatsächliche Schritte im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, auf dem Weg zu einer sozial gerechten Politik!

Unsere zentralen politischen Handlungsfelder in der vor uns liegenden Periode sind die Wiedergewinnung des Öffentlichen – gegen die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Güter, für die demokratische Kontrolle bürgerfreundlicher Unternehmen, das Eintreten für gute Arbeit, für Bürgerrechte und demokratische Erneuerung, die strikte Umsetzung von Gleichstellung in allen Lebensbereichen und Chancengleichheit statt sozialer Auslese in Schule, Hochschule und Beruf, die entschlossene Bekämpfung des Rechtsextremismus in all seinen Facetten, den Einsatz für eine friedliche, auf globale Gerechtigkeit ausgerichtete Außenpolitik Deutschlands und für ein demokratisches und soziales Europa, das den globalen Herausforderungen für eine soziale und ökologisch nachhaltige, den Klimawandel eindämmende Entwicklung gerecht wird.

Politikwechsel ist mehr als Regierungswechsel. Wir wollen, dass die Politik in Deutschland und Europa ihre Entwicklungsrichtung ändert. (...) Wir wollen die Heraufsetzung des Rentenalters auf 67 Jahre wieder abschaffen. (...)Wir wollen flächendeckende gesetzliche Mindestlöhne von 8 Euro und in schnellen Schritten 10 Euro, (…)Wir wollen gute Arbeit. Prekäre Beschäftigung (Leiharbeit, befristete und geringfügige Beschäftigung) muss zurückgedrängt werden. Die gesetzliche Höchstarbeitszeit wollen wir auf 40 Stunden die Woche absenken. (...)Wir wollen den Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan. (...)Militärbündnisse wie die NATO sollen aufgelöst und stattdessen zivile Sicherheit ausgebaut werden.(...)Wir wollen weg von „Hartz IV“. Respekt, Würde und Bürgerrechte gelten auch für Erwerbslose. (...) Wir wollen eine entschiedene Bekämpfung der Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit (...) Wir wollen die Jobvernichtung in Konzernen mit Milliardengewinnen beenden. (...) Wir wollen das Kinderarmut entschlossen bekämpft wird. (...)Wir wollen Gleichheit der Chancen in der Bildung, (…) Wir wollen die Verschleuderung öffentlichen Eigentums beenden. (...)Wir wollen, dass die deutsche Einheit endlich in allen Lebensbereichen verwirklicht wird. (...)Wir wollen die Gesundheitsreform reformieren: (...)Wir wollen eine emanzipatorische Behindertenpolitik auf der Grundlage UN-Konvention (...)Wir wollen eine entschieden nachhaltige Energie- und Klimapolitik, (...)Wir wollen die Umverteilung von unten nach oben, (...)Viele Menschen registrieren, dass ein erheblicher Teil der Gesellschaft vom Wirtschaftsaufschwung nichts abbekommt, (...)Für uns sind Eingriffsmöglichkeiten des Grundgesetzes und fast aller Länderverfassungen in die Eigentumsverhältnisse großer Konzerne kein Überbleibsel alter Zeiten und kein leeres Wort. (...)DIE LINKE will ein demokratisches, soziales, friedliches und umweltbewahrendes Europa. Darum lehnen wir den Lissabon-Vertrag ab. (...)“

Ein Zukunftsinvestitionsprogramm

(Fortsetzung auf Seite 13)

Im Punkt 4. des Leitantrages werden konkrete Vorschläge zur Umsetzung in die gesellschaftliche Praxis unterbreitet. Im Entwurf des Leitantrages heißt es dazu:
„Wir wollen ein Zukunftsinvestitionsprogramm für Deutschland mit den fünf Schwerpunkten Bildung, Gesundheit, Umwelt, kommunale Daseinsvorsorge und Öffentliche Beschäftigung mit einem Umfang von 50 Milliarden Euro pro Jahr. Mindestens eine Million tariflich bezahlte Arbeitsplätze können so geschaffen werden. Der erste Schwerpunkt ist Bildung. Hier sind mindestens 20 Milliarden Euro jährlich notwendig, für Ganztagsschulen und Kinderbetreuung, Weiterbildung, Hochschulen und die Ausweitung der BAföG-Leistungen. DIE LINKE betrachtet auch Personalausgaben in diesen Bereichen als Investitionen in die Zukunft.
Für das Gesundheitswesen sollen über fünf Milliarden Euro bereitgestellt werden, zur Krankenhausfinanzierung, Förderung der Integrierten Versorgung, für Prävention, Industrieunabhängige Forschung, Information und Beratung.
Für Umweltschutz und ökologischen Umbau, insbesondere für Investitionen in Energieeinsparung und erneuerbare Energieträger, die Erneuerung der Abwasserversorgung und Verkehrsinvestitionen, sind 15 Milliarden Euro jährlich erforderlich. Darüber hinaus sind weitere Investitionen in kommunale Infrastruktur und Daseinsvorsorge notwendig.
Für Langzeitarbeitslose und andere Menschen, die besonders schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben, wollen wir zusätzlich 500.000 öffentlich finanzierte Beschäftigungsverhältnisse schaffen. Wir wollen, dass ihnen durch Konzentration öffentlicher Finanzmittel und durch ihre Kombination mit anderen Fonds reguläre, versicherungspflichtige, tariflich oder zumindest entsprechend unserer Mindestlohnforderung bezahlte Arbeitsplätze angeboten werden. Diese Beschäftigung soll vor allem Regionen und Ländern mit der höchsten Langzeitarbeitslosigkeit, also insbesondere in Ostdeutschland, geschaffen werden und ihren Aufholprozess fördern.
Wir wollen zur Finanzierung unserer Forderungen mit einem Umbau des Steuersystems die Verteilungsgerechtigkeit wieder herstellen und die öffentlichen Haushalte, insbesondere auch die der Kommunen, wieder auf eine solide Grundlage stellen.“
Zur Realisierbarkeit dieser Zielstellungen gibt es auch in der Partei unterschiedliche Positionen. „Neues Deutschland“ hat seit der Veröffentlichung des Leitantrages in Stellungnahmen und in Leserbriefen die unterschiedlichen Positionen publiziert.
Wir sind in der Debatte, die sicher bis zum Parteitag weitergeführt wird. Ich meine, es ist gut, dass es solche Vorschläge gibt. Deren Finanzierbarkeit wird jedoch von den Genossinnen und Genossen, die sie in den Leitantrag aufgenommen haben, sichtbar nachzuweisen sein.
Ich habe mich hier auf die gesellschaftlichen Vorstellungen darüber konzentriert, wie wir mit konkreten und sicher auch machbaren Vorschlägen Veränderungen herbeiführen wollen. Solche Aussagen, wenn sie denn durch die Delegierten des Parteitages beschlossen werden, sind meiner Auffassung nach bereits wichtige Vorarbeiten für die nach dem Parteitag zu erarbeitenden Bundestags- und Europawahlprogramme. Sie gehören zu unseren programmatischen Vorstellungen, die wir noch zu diskutieren haben.
Im Leitantrag des Parteivorstandes heißt es dazu u.a. im Punkt 5:
„Die programmatische Arbeit der LINKEN lag in den vergangenen Monaten nicht auf Eis. Unsere programmatischen Eckpunkte wurden in mehreren Landtags- und Kommunalwahlprogrammen umgesetzt. (...)Die neue LINKE wirkt auch programmatisch. Programmfragen sind immer auch Auseinandersetzungen um die Hegemonie in der Betrachtungsweise der Gesellschaft und der Deutung ihrer Geschichte. (...)Das Programm der neuen LINKEN wird die gesellschaftlichen Probleme und Herausforderungen nicht aus dem Blickwinkel der wirtschaftlich Mächtigen betrachten, sondern aus dem Blickwinkel einer gesellschaftlichen Mehrheit, (...)Mit der Arbeit an unserem Grundsatzprogramm begeben wir uns in die gesellschaftliche Auseinandersetzungen. (…)Unser Programm wird so gut sein, wie die breite öffentliche Debatte um die zentrale Frage, die das Programm der LINKEN hat: In welcher Welt wir leben wollen.“
Zu diesem Punkt des Leitantrages hat der Ältestenrat mit seinem „Angebot (...) zum Fortgang der Programmdebatte“ bereits nicht unwesentliche Vorarbeiten geleistet, die wir nutzen sollten.
Dieser Artikel hat das Ziel, ausgehend vom Entwurf des Leitantrages an den 1. Parteitag der LINKEN Anregungen für unsere Genossinnen und Genossen in den Basisgruppen zu geben.
Mir ging es dabei darum, weniger den Leitantrag zu interpretieren, sondern Auszüge aus dem Originaltext vorzustellen.

Jochen Traut

Kleine Hilfe zum Entwirren des Fadens der Ariadne

Für den Außenstehenden scheint in der SPD ein tolles Durcheinander zu herrschen und keiner weiß so richtig, was da eigentlich los ist. Kurt Beck sagt heute hüh, morgen hott, erst heißt es "Mit der Linken nie!", dann "Mit der Linken allenfalls auf Landesebene!", Andrea Ypsilanti verkündet in Hessen das gleiche, macht dann angesichts des Wahlergebnisses einen Schwenk, um schließlich vor dem plötzlich schlagenden Gewissen der Frau Metzger wieder einzuknicken. Bei näherem Hinsehen erweist sich jenes freilich nicht als solches, denn ein Gewissen zu haben, wäre nicht nur für die SPD, sondern für die Politiker sämtlicher systemtragender Parteien ein Wunder. Erst wurden "Hartz IV" und andere soziale Grausamkeiten nicht nur zusammen mit den Grünen, sondern auch in trauter Gemeinsamkeit mit der rechten Opposition durchgepeitscht, nun beklagt man die miserable soziale Lage nicht nur Arbeitsloser, sondern auch lohnabhängig Beschäftigter, wie auch die stark gesunkene Kaufkraft und versucht, an diesen sozialen Grausamkeiten ein wenig herumzudoktern. In Thüringen wird ein Streit darüber inszeniert, ob man Dewes oder Matschie an der Spitze haben solle. Und Herr Matschie, dessen Partei vor Jahren nichts dabei fand, Juniorpartnerin der CDU zu sein, will die Alleinherrschaft der letzteren beenden. Er weiß natürlich, dass das nur mit der Linkspartei geht und dass deren Aussichten auf ein hervorragendes Wahlergebnis wesentlich besser sind als die der SPD. Aber wenn die Abwahl denn klappen sollte, dann eine Zusammenarbeit mit der LINKEN nur, wenn er Ministerpräsident wird. Ein Bodo Ramelow in dieser Funktion kommt für ihn niemals in Frage, selbst dann nicht, wenn die LINKE etliche Prozente vor der SPD liegen sollte.

Die Sache erscheint immer verworrener, doch so schwer ist es gar nicht, den sprichwörtlichen Faden der Ariadne etwas zu entwirren: Das eigentliche Problem der SPD ist die Tatsache, dass sie seit der Burgfriedenspolitik von 1914 weder eine wirkliche Vertreterin der Interessen von lohnabhängig Beschäftigten und Arbeitslosen ist, noch eine Gesellschaft sozialer Gerechtigkeit anstrebt. Wer jemals geglaubt hat, die SPD wolle einen demokratischen Sozialismus, der musste sich über all die Jahre ihrer Regierungszeit, gleich, ob mit der FDP, den Grünen oder der CDU/CSU, eines schlechteren belehren lassen: Sie versucht vielmehr unablässig, den Eignern der großen Industrie-, Bank und Agrarkapitalien als den eigentlichen Herren in der heutigen Gesellschaft zu beweisen, dass sie deren Interessen besser, sprich noch rücksichtsloser, durchsetzt als die bürgerlichen Parteien. Ob Abwürgen der Novemberrevolution, Bruch der Versprechungen von "Schulspeisung statt Panzerkreuzerbau" bis hin zu Kriegsbeteiligung und Armut per Gesetz durch "Hartz IV" - die Liste der Gründe, sie nicht zu wählen, wäre allein damit schon lang genug. Was sich bei Frau Metzger gemeldet hat, ist folglich nicht das Gewissen, sondern der Rückfall in alte Westberliner Frontstadthysterie. Und den demokratischen Sozialismus erstrebte die SPD nur so lange, und zwar auf dem Papier, keineswegs in der Praxis, wie es DDR und SED gab. Für die rechte SPD-Führung war demokratischer Sozialismus allenfalls ein antikommunistischer Kampfbegriff, dessen Verfallsdatum dann einsetzte, als es gelungen war, die DDR "zum Verschwinden zu bringen". Dass aus der SED eine antistalinistische Partei hervorgehen würde, die jenen Begriff ernst nahm und sich mühte, die leere sozialdemokratische Worthülse mit wirklichem Inhalt zu füllen, war im Bonner Erich-Ollenhauer-Haus nicht eingeplant gewesen.

Für die rechte SPD-Führung war demokratischer Sozialismus allenfalls ein antikommunistischer Kampfbegriff, dessen Verfallsdatum dann einsetzte, als es gelungen war, die DDR "zum Verschwinden zu bringen".

Eine dauerhafte Zusammenarbeit mit der LINKEn zwecks Rückkehr zu einer Politik, die das bestehende soziale Ungleichgewicht wenigstens spürbar verringert, scheitert auf jeden Fall am in der SPD herrschenden Antikommunismus. Das wird mit Sicherheit auch so bleiben, denn die Erkenntnis von Thomas Mann, wonach dieser "die Grundtorheit unseres Jahrhunderts" ist, wird weiterhin hartnäckig ignoriert. Was sich gegenwärtig im Thüringer Landesverband abspielt, kann wohl nur als Machtkampf zwischen deren rigorosen auf der einen und deren pragmatischeren Verfechtern auf der anderen Seite gewertet werden. Man darf getrost davon ausgehen, dass eine Zusammenarbeit mit der LINKEn von führenden Politikern der SPD allenfalls als zeitweilige, weil unumgängliche Notmaßnahme angesehen wird, wenn man nicht der faktischen Bedeutungslosigkeit noch ein Stück näher kommen will. Viel lieber kriecht man am Ende der CDU zu Kreuze, wie Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern gezeigt haben. Wer wie Harald Ringstorff als Ministerpräsident diesen menschenverachtenden neoliberalen Kapitalismus herunterzuspielen versucht, indem er den Betroffenen vorwirft, nicht mit den "Widrigkeiten" der heutigen Gesellschaft zurecht zu kommen, der will diese nicht überwinden, der will allenfalls ihre Fassade etwas netter aussehen lassen. Ansonsten "bliewt oll bin ollen". So soll die LINKE selbstbewusst und mit so klarem wie realistischem Programm für die Erringung eines deutlich höheren Maßes an sozialer Gerechtigkeit in den kommenden Wahlkampf gehen. Zusammenarbeit mit der SPD im Sinne dieses Zieles überall da, wo es möglich und nützlich ist, und zwar auf der Grundlage von Gleichberechtigung, Ehrlichkeit und gegenseitiger Berechenbarkeit. Da dürfte die SPD allerdings noch ordentlich an sich selbst zu arbeiten haben.

H.-J. Weise

Aufschwung? - Der Tragödie zweiter Teil

Es ist doch schön, wenn die sich unabhängig nennenden Medien tagtäglich voller Berichte über den Aufschwung sind, der ja, glaubt man den Worten der Frau Bundeskanzlerin, schon lange auch unten angekommen sein soll. Nun bedarf es durchaus keiner promovierten Physikerin, um zu wissen, dass die kürzeste Verbindung zweier Punkte immer die Gerade ist. Die Frage ist dabei allerdings erstens, wie lang diese Gerade ist, und zweitens, welche Hindernisse sich auf dieser befinden. Sieht man sich in den Kreisen von durch Arbeitslosigkeit, insonderheit „Hartz IV“, einschlägig Abgestraften, aber auch in denen von noch durch lohnabhängige Arbeit einigermaßen Begünstigten um, studiert die Leserbriefe in den Zeitungen, die Berichte über Entlassungen, die Meldungen über Firmenzusammenbrüche und macht sich zudem noch die Mühe, die aus Platzgründen in sehr kleiner Schrift gedruckten Seiten zu lesen, auf denen sich die Anzeigen und amtlichen Bekanntmachungen über Insolvenzen und Zwangsversteigerungen drängen, dann kommt man zu der Erkenntnis, dass es mit der Ankunft des Aufschwungs noch sehr, sehr lange dauern wird. Da wagt man gar nicht erst die Frage nach dem Ausmaß dessen zu stellen. Auf jeden Fall aber beweist Frau Merkels Euphorie, dass sie als Unionsfreundin und FDJ-Sekretär bei der Erbringung und medialen Darstellung ihres „eigenständigen, unverwechselbaren Bündnisbeitrages“ vom seligen Joachim Hermann eine ganze Menge gelernt hat. Wie man scheinbare Erfolge propagiert und tatsächlich vorhandene kleine zu großen aufbläst, weiß sie jedenfalls.

Die Wirklichkeit sieht indes ganz anders aus, und da ist es fast gleich, welches Unternehmen man betrachtet. Nehmen wir nur einmal die Schreckenspropaganda von der Überalterung der Gesellschaft. Die ist unbestritten die bittere Wirklichkeit, was angesichts des hohen Maßes an sozialer Unsicherheit kein Wunder ist. Aber, so denkt man jedenfalls, muss diese Überalterung doch – zum Beispiel - den Betreibern von Seniorenein-richtungen einen ganz ordentlichen Aufschwung bescheren. Wer dort seinen Lebensabend verbringen will oder muss, hat bekanntlich sehr tief in die Tasche zu greifen. Also den Versuch gewagt und etlichen dieser Einrichtungen eine Bewerbung geschickt, schließlich wurde die Bewerberin vor Jahren vom damaligen Arbeitsamt in diversen Umschulungen geparkt, wofür es einst freilich mehr Geld gegeben hat als heutzutage. Immerhin kam dadurch einiges an Zertifikaten zusammen und mit den erworbenen und durch Praktika und diverse SAM-Stellen und Ein-Euro-Jobs bestätigten und vermehrten Kenntnissen und Erfahrungen müsste da doch etwas zu machen sein. Die Antworten, sofern überhaupt welche kamen, kann man sich an einer Hand abzählen. Doch da war immerhin auch eine Einladung zum Vorstellungsgespräch, was nach offenbar recht naiver Meinung aus den seltsamerweise „Agentur für Arbeit“ heißenden Einrichtungen die erste erfolgreich genommene Hürde sein soll. Wenn es sich dann noch um ein mit einer der großen Amtskirchen verbundenes Unternehmen zur Seniorenbetreuung wie das mit dem schönen Namen „Pro Seniore“ handelt, darf man doch wohl gewiss ein brauchbares Angebot erwarten. Der Mensch muss ja schließlich vom verdienten Geld auch dauerhaft leben können. Doch da wurde vermutlich nach dem Grundsatz gehandelt, mit dem geringsten Aufwand den größten Nutzen erzielen zu wollen: Betreuung Demenzkranker – eine körperlich schwere und natürlich verantwortungsvolle Tätigkeit, die demzufolge angemessen zu bezahlen ist. Bei solcherart Angebot aber dürften auch dem Naivsten und Gutgläubigsten die Haare zu Berge stehen – bei einer Arbeitszeit von lediglich zweimal fünf Stunden in der Woche und für einen Stundenlohn von 4,60 Euro! Zum Vergleich: Eine Bahnfahrt von Ilmenau nach Arnstadt kostet mittlerweile 4,90 Euro. Weit nach unten gedrungen kann der Aufschwung also nicht sein, wenn bereits mehr als zwei Stunden dieser schweren Arbeit zur Erwirtschaftung der Kosten für die Hin- und Rückfahrt draufgehen. Abgesehen davon beweist das auch, wie unchristlich diese angeblich auf christlichen Werten aufbauende und durch die großen Amtskirchen gestützte Gesellschaft ist: Beim Geld jedenfalls ist die christliche Nächstenliebe schon lange zu Ende!

Hans Joachim Weise

www.die-linke.stadtrat-arnstadt.de

Infostände:

06.05.08	10.00 Uhr	Info-Stand „Volksbegehren“. Arnstadt „Hopfenbrunnen“
06.05.08	11.00 Uhr	Info-Stand „Volksbegehren“. Ilmenau „Apothekerbrunnen“
13.05.08	10.00 Uhr	Info-Stand „Volksbegehren“.
13.05.08	11.00 Uhr	Info-Stand „Volksbegehren“. Ilmenau „Apothekerbrunnen“
20.05.08	11.00 Uhr	Info-Stand „Volksbegehren“. Ilmenau „Apothekerbrunnen“
20.05.08	10.00 Uhr	Info-Stand. „Volksbegehren“
27.05.08	10.00 Uhr	Info-Stand „Volksbegehren“. Arnstadt „Hopfenbrunnen“
27.05.08	11.00 Uhr	Info-Stand „Volksbegehren“. Ilmenau „Apothekerbrunnen“

Fraktionssitzungen:

05.05.08	19.00 Uhr	Kreistagsfraktion. Arnstadt, Ritterstraße; Landratsamt
13.05.08	17.00 Uhr	Stadtratsfraktion. Ilmenau, Topfmarkt 4; Geschäftsstelle DIE LINKE
13.05.08	18.00 Uhr	Öffentliche Sitzung der Kreistagsfraktion zum Thema ÖBNV mit dem Landrat Dr. Kaufhold und dem MdL Lemke Arnstadt, Zimmerstraße; Landratsamt - Sitzungssaal
26.05.08	17.00 Uhr	Stadtratsfraktion. Arnstadt, Zimmerstraße 6; Geschäftsstelle DIE LINKE

Vorstandssitzungen:

05.05.08	18.30 Uhr	Stadtvorstandssitzung. Arnstadt, Zimmerstraße 6; Geschäftsstelle DIE LINKE
O8.05.08	17.00 Uhr	Kreisvorstandssitzung. Gräfenroda; Gemeindeverwaltung
14.05.08	17.00 Uhr	Stadtvorstandssitzung. Ilmenau, Topfmarkt 4; Geschäftsstelle DIE LINKE

Basisorganisationen:

06.05.08	09.30 Uhr	Basisvorsitzende. Arnstadt,
19.05.08	09.30 Uhr	Basisvorsitzende Ilmenau. Topfmarkt 4; Geschäftsstelle DIE LINKE

Stadtrats-/Kreistagssitzungen:

07.05.08	14.00 Uhr	Kreistagssitzung. Arnstadt; Stadthalle
15.05.08	16.00 Uhr	Stadtratssitzung. Ilmenau; Rathaus

6.Mai 2008

Verlegung neuer Stolpersteine gegen das Vergessen in Arnstadt und Ilmenau

Siehe Beitrag Seite 3

Weitere Veranstaltungen:

01.05.08	09.30 Uhr	Maifeier. Gemeinsame Veranstaltung mit dem DGB. Ilmenau, Schloßmauer
01.05.08	10.00 Uhr	Straßenfest DIE LINKE. Arnstadt, Zimmerstraße 6
01.05.08	10.00 Uhr	Maifeier DIE LINKE. Gehren; Gaststätte“ Am Steinbruch“
08.05.08		Tag der Befreiung vom Faschismus
	10.00 Uhr	Arnstadt, Friedhof; Gräberfeld
	10.00 Uhr	Ilmenau, Friedhof; Gräberfeld
	16.00 Uhr	Wiedereinweihung der Stele für die Opfer des Todesmarsches vom April 1945. Frankenhain
14.05.08	15.00 Uhr	Rentensprechstunde. Ilmenau, Topfmarkt 4; Geschäftsstelle DIE LINKE
22.05.08		Seniorentag der Stadt Arnstadt
22.05.08	19.00 Uhr	„Kuba ist mehr als eine Reise wert“. Gemeinschaftsveranstaltung von Cuba si, Campusbüro der MdB Nele Hirsch und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen. Ilmenau: Cam-
24./25.05.08		1. Parteitag DIE LINKE; Cottbus